

Neue rechte Welle? Oder: Demontiert die Demokratie sich selbst?

Kurzbericht zur Veranstaltung des Politischen Salon Konz Ende November 2023

Wie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern wächst auch in Deutschland die Bereitschaft zur Wahl rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien. Auch andere rechtsextreme und rechtsradikale Gruppierungen und Medien gewinnen an Zulauf und Zuspruch. Sind also deren Gedanken mittlerweile in der "Mitte der Gesellschaft" angekommen und, falls ja, was bedeutet das für unser Land? Verschieben sich die Optionen politischen Handelns auch international immer weiter nach rechts und, falls ja, was bedeutet das für die Zukunft? Mit diesen Fragen hatte der Politische Salon Konz in seiner letzten Veranstaltung Ende November im Konzer-Doktor-Bürgersaal unter der Überschrift „Neue Rechte Welle – wird RECHTS sein normal?“ eingeladen und sehr viele vorrangig Konzer Bürger und Bürgerinnen, darunter auch viele junge bzw. jüngere Menschen, waren der Einladung gefolgt. Dr. Werner Grünewald vom Initiativkreis dieser nun schon seit über 5 Jahren unter dem Motto „Demokratie braucht das politische Gespräch“ bestehenden Veranstaltungsreihe (siehe www.politischer-salon.de) verwies zum Auftakt auf die gerade wieder durch die Wahlergebnisse in Argentinien und in den Niederlanden bekräftigte Aktualität des Themas.

Als anerkanntem Fachmann zum Thema „Rechtsradikalismus“ übergab er das Wort an Prof. Dr. Markus Linden von der Universität Trier. In einem kurzen, prägnanten Vortrag plädierte Linden für eine differenzierte Betrachtungsweise der Problematik auf unterschiedlichen Ebenen. So sei beispielsweise die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der einschlägigen Forschung durchaus strittig. Immer noch gäbe es in Deutschland nur wenig rundum überzeugte Rechtsextremisten. Die Forschergruppe um den Steffen Soziologen Mau habe allerdings auch aufgezeigt, dass es „einzelne Triggerthemen“ gäbe, die die Leute auf die Palme brächten – allerdings ohne dass sich diese zu einem geschlossenen, rechtsradikalen Weltbild verbinden. Solche Triggerpunkte seien beispielsweise die Gendersprache, sog. „Klimakleber“ und „Seenotretter“, als „woke“ klassifizierte, abgehobene Eliten, als naiv und verlogen empfundene Positionen in der Migrationspolitik, Verkrustungen demokratischer Entscheidungsprozesse und –strukturen, Zerfallerscheinungen traditioneller Normen und Werte wie etwa „Familie“, „Heimat“ oder auch Lücken in der sozialen und öffentlichen Sicherheit. Solche Themen würden gezielt „bespielt und emotionalisiert“. Daraus entstünde dann der „Eindruck einer tief gespaltenen Gesellschaft“, der ebenfalls teils gezielt, teils tief besorgt immer mehr verbreitet und vertieft werde.

Der Eindruck einer Normalisierung rechtsradikaler Optionen und Positionen ergäbe sich vor allem aus mangelnder Abgrenzung etablierter Akteure, „die gerne auch einmal mit der äußeren Rechten koalieren“ oder kooperieren. Als Beispiele nannte Linden politische Gruppierungen um Sarah Wagenknecht oder auch die österreichischen Politiker Wolfgang Schüssel und Sebastian Kurz. Auch die Medien beförderten die Normalisierung rechtsradikaler Ideen und Parteien – und zwar einerseits durch die zunehmende Verbreitung „sogenannter ‚Alternativmedien‘, die sich als Korrektiv zur klassischen Medienlandschaft verkaufen“. Aber auch etablierte Medien und Diskurse, die sich als kritisch und aufklärerisch verstehen, lenkten Wasser auf die Mühlen rechtsextremer – u.a. indem sie „übersteigerte Ansprüche an Demokratie“ verbreiten: „Statt etwa Gewaltenteilung zu schätzen dominiert ein Anspruch radikaler Volkssouveränität, der diesen Souverän im Singular denkt“, „das Volk“ mystifiziert und Widersprüche zwischen differenten Interessen und unterschiedlichen Welt- und Menschenbildern weitgehend negiert. Viele Akteure hätten „zu diesem Trugbild des Populismus beigetragen, nicht nur die Populisten selbst“. Die „Entpolitisierung der Politik“ – beispielsweise durch deren Delegation an Experten – nehme nun „die Form einer enthemmten Repolitisierung“ an. Diese enthalte durchaus die Chance einer Revitalisierung von Politik gegenüber der von ihr oft postulierten „Alternativlosigkeit“ vermeintlicher „Sachzwänge“.

Tatsächlich werde diese Herausforderung von den etablierten Akteuren der liberalen Demokratien kaum angenommen. Hier komme es „immer häufiger zu einer gefährlichen Übernahme von Sprachmustern und Denktraditionen“ der Neuen Rechten, die so ganz gezielt die Reputation der modernen Demokratie demontieren könne. Als Beispiele verwies Linden auf „populistische Politikunternehmer“ wie Boris Palmer oder Hubert Aiwanger, die mit kalkulierten Provokationen nur den eigenen Marktwert und die eigenen Machtansprüche befördern wollten. Auch Debatte um mögliche Koalitionen auf lokaler Ebene, wie sie z.B. von Friedrich Merz lanciert würden, wie aber auch „friedensbewegte Claqueure des neuen russischen Totalitarismus“ sorgten für eine „schleichende Entdämonisierung (im Sinn einer fortschreitenden Verharmlosung) neofaschistischer Akteurinnen und Akteuren in Europa“.

In der anschließenden Debatte bildeten sich lange Warteschlangen engagierter Wortmeldungen, die um Erläuterung einzelner Aspekte und Thesen des Vortrags baten, weitere Facetten der darin aufgezeigten Entwicklungen thematisierten, oder auch abweichende Sichtweisen mit kritischen Nachfragen verknüpften. So war im Saal durchaus strittig, ob rechtsradikale Positionen ihren Zulauf tatsächlich Defizite der Meinungsfreiheit etwa hinsichtlich der Migrations-, der Bildungs- und Familienpolitik wie aber auch in geopolitischer Perspektive beziehen oder nicht vielmehr aus einem Mangel an Zivilcourage, für die eigene Meinung einzustehen, auch wenn sie weithin – zu Recht oder zu Unrecht – als rechtsradikal (oder auch als linksradikal) diffamiert wird. Auch die Kritik des Referenten an aktuellen Friedensdemonstrationen, die Linden als Teil einer Strategie für den Aufbau einer neuen Partei identifizierte, „die die russische Agenda in Deutschland vertreten soll“, wurde kritisch hinterfragt. Insgesamt war die Debatte von dankbarer Aufmerksamkeit für den pointierten Vortrag und wechselseitigem Respekt im Austausch der Argumente geprägt. Allen Anwesenden war klar, dass die Thematik der Veranstaltung dringend der erweiterten und vertiefenden Auseinandersetzung bedarf. Als Themen der nächsten Veranstaltungen der Politischen Salons wurden die Stichworte Migrationspolitik sowie Bildungspolitik angekündigt. Dazu wurde auf die Homepage des Politischen Salons verwiesen (www.politischer-salon.de), auf der auch der Wortlaut des Vortrags von Herrn Prof. Markus Linden nachgelesen werden kann. (Ingrid Kurz-Scherf)